



**Yvonne Feri**  
Ihre Stimme für Kinder  
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 30. September 2022

**Bericht aus der Session – Nummer 44**  
**Rückblick auf die Herbstsession**

Geschätzte Damen und Herren,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Aktuell gibt es kaum Corona-Einschränkungen und wir geniessen alle das normale Leben. Doch schon droht die nächste Krisensituation: eine Stromknappheit im Winter. Noch wissen wir nicht, was das bedeutet. Wird es weniger Weihnachtsbeleuchtung geben, werden wir auf die Nutzung gewisser Geräte verzichten müssen oder werden wir gar für gewisse Stunden zu Hause ohne Strom auskommen müssen?

Vieles ist unklar, doch in einer Frage besteht Gewissheit. Das Leben wird wegen der steigenden Energiepreise teurer. Dazu kommt ein Anstieg der Krankenkassenprämien. Bundesrat Alain Berset [kündigte](#) Ende September eine Erhöhung der mittleren Prämie um 6,6 Prozent an.

Auch in der Schweiz gibt es bereits ohne diese Verteuerung Menschen, die jeden Rappen umdrehen müssen. Gemäss Erhebungen des Bundesamts für Statistik waren im Jahr 2020 8,5 % der Menschen in der Schweiz armutsbetroffen, 15,4% von Armut bedroht. Ohne gezielte Gegenmassnahmen wird es ab 2023 noch mehr Armut in der Schweiz geben.

In den Räten führten wir eine [ausserordentliche Debatte](#) zur Kaufkraft und beschlossen dabei Massnahmen zur Entlastung von einkommensschwachen Haushalten. Die Teuerung bei den AHV- und IV-Renten soll per Anfang 2023 voll ausgeglichen werden, darüber sind wir uns im National- und Ständerat einig. Im Nationalrat sprachen wir uns zudem für eine Erhöhung des Bundesbeitrags an die Prämienverbilligung aus. Nun ist der Ständerat gefordert, auch diese Massnahme, die für die einkommensschwachen Menschen eminent wichtig sind, abzusegnen.

Doch mit der Verabschiedung der beiden Motionen ist die Bekämpfung des drohenden Anstiegs der Armut in der Schweiz nicht erledigt. Ebenfalls dringend nötig ist beispielsweise die Erhöhung



der Mietzinsmaxima bei den Ergänzungsleistungen und die Übernahme der Mietnebenkosten durch die Sozialhilfe, auch wenn dadurch die Limiten für die Nebenkosten überschritten werden.

Die aktuelle Energiekrise und die damit verbunden steigenden Preise für Energie, sind durch den Krieg in der Ukraine ausgelöst worden. Ich wünsche mir von ganzem Herzen, dass dieser unsinnige Krieg – wie generell alle Kriege auf dieser Welt - bald ein Ende hat für alle Menschen, die unter dem Krieg und seinen Folgen weltweit leiden.

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri  
Nationalrätin SP/AG  
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz  
Präsidentin Pro Raris (Dachverband für seltene Krankheiten)



30.9.2022

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 44

Rückblick auf die

Herbstsession...

**Digitalisierung:** Der Nationalrat will die Perspektive von Frauen bei der Digitalisierung stärker berücksichtigen. Er hat eine entsprechende [Motion](#) seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) angenommen. Stimmt der Ständerat auch zu, wird der Bundesrat beauftragt, die Chancengleichheit der Geschlechter in seine nächsten Digitalisierungsstrategien zu

integrieren. Digitale Produkte würden in erster Linie von Männern und für Männer entworfen, begründete die WBK-N die Motion. Der Frauenanteil im Informatikbereich betrage nur gerade 15 Prozent. Das kann laut Kommission dazu führen, dass Ungleichheiten neu entstehen oder weiterhin bestehen bleiben. Das Anliegen geht auf eine Petition der Frauensession von 2021 zurück.

**Kommentar:** Die Digitalisierung

## Armut beschämt nicht die betroffenen Menschen, Armut beschämt die Gesellschaft.

Ruth Dreifuss

*betrifft die gesamte Bevölkerung. Umso wichtiger ist es, dass die Digitalisierungsstrategie möglichst viele Perspektiven vereint.*

**Krisenmanagement:** Der Nationalrat will vom Bundesrat Aufschluss darüber erhalten, wie dieser sicherstellt, dass er auf Krisen künftig besser vorbereitet ist. Er hat dazu ein Postulat der GLP-Fraktion mit 115 zu 47 Stimmen bei zwei Enthaltungen überwiesen. Die Pandemie und auch der Angriff Russlands auf die Ukraine hätten den Bundesrat letztlich unvorbereitet getroffen, begründete die Partei den Vorstoss. Die SVP sprach sich gegen den Bericht aus. Es gehe um Führungsfragen und die Verantwortung zu übernehmen, sagte Gregor Rutz (ZH) dazu. "Wir brauchen Führung und Leute, die hinstehen und Entscheide treffen." Der Bundesrat will das Anliegen in die Auswertung rund um die Covid-19-Pandemie aufnehmen.

**Kommentar:** *Bekämpft wurde der Vorstoss mit dem Argument, dass die Krisenleitung Personen mit militärischer und unternehmerischer Erfahrung übergeben werden müsse, dann bräuchte es keine Nachbereitung. Diese Haltung teile ich nicht. Es lohnt sich unabhängig von den involvierten Personen immer, nach einer Krise zu überlegen, was gut gelaufen ist und wo es ein Verbesserungspotenzial gibt, um aus der Vergangenheit zu lernen. Auch die GPK hat diesbezüglich viel Arbeit geleistet und einige Berichte mit Empfehlungen an den Bundesrat formuliert.*

**Jugendschutz:** Die Räte haben sich bei den neuen Regeln zum Schutz Minderjähriger vor Sex- und Gewaltdarstellungen in Filmen und Games geeinigt. Der Ständerat hat die letzte verbliebene Differenz zum Nationalrat ausgeräumt. Mit 23 zu 20 Stimmen schwenkte die kleine Kammer auf



die Linie des Nationalrats ein. Damit wird das zuständige Bundesamt im [Bundesgesetz über den Jugendschutz](#) in den Bereichen Film und Videospiele zu Massnahmen zur Förderung der Medienkompetenz verpflichtet.

**Kommentar:** *Ich bin froh, dass der Nationalrat auf einen möglichst guten Jugendschutz pochte und sich der Ständerat in der Differenzbereinigung von der Version des Nationalrats überzeugen liess.*

**Krankenkassen:** Der Nationalrat will die Bezüge von Geschäftsleitungsmitgliedern von Krankenkassen begrenzen. Er hat mit 113 zu 74 Stimmen bei zwei Enthaltungen eine entsprechende [Motion](#) seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) angenommen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. Stimmt auch er zu, muss der Bundesrat eine Gesetzesvorlage ausarbeiten. Die Motion fordert, dass Mitglieder der Geschäftsleitung einer Krankenkasse im Jahr maximal 250'000 Franken verdienen können. Für Verwaltungsratsmitglieder will der Vorstoss eine Obergrenze von 50'000 Franken.

**Kommentar:** *Wir wissen es. Die Krankenkassenprämien steigen massiv. Mit Kostendämpfungspaketeten wird versucht, die Kosten im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen. Es ist stossend, dass Geschäftsleitungsmitglieder teilweise sehr hohe Löhne beziehen. Ich bin froh, ist die Motion in unserem Rat angenommen worden und hoffe, dass der Ständerat die Motion ebenfalls gutheisst.*

**Geschichte:** Die Geschichte der Frauen in der Schweiz soll sichtbar gemacht werden. Der Nationalrat hat dazu eine [Motion](#) von Marianne Streiff-Feller (EVP/BE) mit 119 zu 68 Stimmen überwiesen, die der Ständerat abgeändert hatte. Sie fordert nun ein Konzept für ein Netzwerk Dritter über die Geschichte der Gleichstellung. Die nötigen Geldmittel soll die Landesregierung mit der nächsten Kulturbotschaft beantragen. Minderheitssprecher Mauro Tuena (SVP/ZH) warnte vor zusätzlichen Ausgaben. Und es stelle sich die Frage, ob Frauen mit einem Frauen-Netzwerk geholfen sei. Die auch vom Bundesrat abgelehnte Motion hatte ursprünglich ein Konzept für ein "Haus der Frauengeschichte" verlangt.

**Kommentar:** *Aus der Geschichte können wir viel lernen. Es ist eminent wichtig, dass endlich auch die Geschichte der Frau und der Weg zur Gleichstellung dokumentiert wird. Gut, ist diese Motion von beiden Räten angenommen worden!*

**Kaufkraft:** National- und Ständerat wollen für 2023 den vollen Teuerungsausgleich für AHV-Rentnerinnen und -Rentner. Sie haben eine entsprechende [Motion](#) der Mitte angenommen. Der Nationalrat will zudem, dass der Bund seinen Beitrag an die Prämienverbilligungen für 2023 vorübergehend um 30 Prozent erhöht ([22.3793](#)). Noch nicht entschieden hat der Ständerat hingegen über die Erhöhung des Bundesbeitrags an die Prämienverbilligungen für das kommende Jahr um 30 Prozent. Er wies in seiner ausserordentlichen Session seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-S) zwei entsprechende Motionen zur Prüfung zu ([22.3802](#) und [22.3801](#)).

**Kommentar:** *Es freut mich, dass der Nationalrat diese beiden Motionen angenommen hat, obwohl der Bundesrat eine Ablehnung beantragte. Ich hoffe, dass der Ständerat nicht nur zum vollen Teuerungsausgleich der AHV-Renten, sondern auch zur Erhöhung der Prämienverbilligung ja sagt.*

**Altersvorsorge:** Der Nationalrat will die freiwillige Erwerbstätigkeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters steuerlich begünstigen. Er hat einen entsprechenden [Vorstoss](#) seiner Wirtschaftskommission gegen den Willen des Bundesrates angenommen, mit 96 zu 79 Stimmen. Die Motion geht in den Ständerat. Mit Steuervorteilen möchte die grosse Kammer den Anreiz steigern, nach der ordentlichen Pensionierung weiter zu arbeiten. Eine privilegierte Besteuerung von arbeitenden Rentnern würde den Grundsatz der Rechtsgleichheit und Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit durchbrechen, argumentierten der Bundesrat und die Ratsminderheit gegen den Vorstoss. Zudem beinhaltet die vom Stimmvolk knapp gutgeheissene AHV-Reform mit der Flexibilisierung des Rentenalters bereits erste Schritte in diese Richtung.



**Kommentar:** *Ich befürchte, dass vor allem gutverdienende Menschen nach der Pensionierung weiterarbeiten werden. Diejenigen, die körperlich hart gearbeitet haben und mit 65 Jahren nicht mehr die Kraft haben, weiterzumachen, können nicht von der Steuersenkung profitieren. Deshalb habe ich den Vorstoss abgelehnt.*

**Gendermedizin:** Der Nationalrat will Verbesserungen bei der Förderung von Forschung und Therapie von spezifischen Frauenkrankheiten. Er hat einen [Vorstoss](#) seiner zuständigen Kommission gegen den Willen des Bundesrates mit 133 zu 52 Stimmen angenommen. Es gebe zahlreiche Krankheiten wie Lipödem, eine schwere Erkrankung des Fettgewebes, Endometriose oder Menstruationsbeschwerden, die ausschliesslich oder grossmehheitlich Frauen betreffen. Es sei deshalb unerlässlich, dass frauenspezifische Krankheiten als solche identifiziert und breiter erforscht würden, am besten über ein Forschungsprogramm des Schweizerischen Nationalfonds (SNF), befand die Mehrheit. Am Ursprung der Motion stehen zwei überwiesene Petitionen der letzten Frauensession zur Gendermedizin.

**Kommentar:** *Es ist bekannt, dass Frauen und Männer unterschiedlich erkranken und anders auf Medikamente reagieren. Trotzdem werden die Geschlechterunterschiede in der medizinischen Forschung noch viel zu wenig beachtet. Ich bin sehr froh, dass der Nationalrat die Gendermedizin fördern will. Nun hoffe ich auf die Zustimmung des Ständerats!*

**Invalidenversicherung:** Bei der Berechnung des Invaliditätsgrads sollen künftig die realistischen Einkommensmöglichkeiten berücksichtigt werden. Das hat das Parlament entschieden. Die heute für die IV-Berechnung massgebenden Tabellen basieren laut der SGK-N auf Löhnen von gesunden Personen. Die Vergleichslöhne seien entsprechend zu hoch. Künftig soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Menschen mit Behinderungen auch bei Hilfstätigkeiten auf tiefstem Kompetenzniveau gewisse Arbeiten nicht ausführen können. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine [Motion](#) der nationalrätlichen Sozialkommission (SGK-N) angenommen, mit 33 zu 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Der Ständerat will dem Bundesrat aber zur Umsetzung ein halbes Jahr länger Zeit geben, nämlich bis zum 31. Dezember 2023. Die Motion geht zurück an den an Nationalrat.

**Kommentar:** *Verschiedene Organisationen hatten im Rahmen der Vernehmlassung zur Verordnung über die Invalidenversicherung IVV Anfang 2021 [kritisiert](#), dass die Invaliditätsbemessung unfair sei, weil sie sich auf unrealistische Werte stütze. Der Bundesrat hörte nicht auf die Kritik. Um erfreulicher ist, dass nun das Parlament eine Korrektur verlangt.*

#### **Persönliche Vorstösse in Herbstsession:**

- [22.7767](#) Unterstützung für Menschen in finanziell schwachen Verhältnissen (Fragestunde)
- [22.7624](#) Berufsschule in Eritrea verstaatlicht (Fragestunde)
- [22.4110](#) Sexualisierte Gewalt unter Jugendlichen ist erschreckend häufig (Interpellation)